

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M., halbjährlich 13.50 M., jährlich 25.00 M. Durch die Post monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M. ohne Bestellgeld. Das Bestellgeld wird von den Zeitungsabnehmern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: Die 42 mm breite Zeile 10 Pf., die 30 mm breite Zeile 8 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 4 Pf. Ausland 2.— bezw. 6.— M. Rabatt 14. Karst. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 196

Dienstag, 27. April 1920.

74. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Die Personen, welche sich auf dem Rathaus für die französischen Elementarkurse einschreiben lassen, werden gebeten, sich am Montag, 3. Mai, nach dem Rathaus, Zimmer Nr. 37, zu begeben (Damen um 8½ und Herren 7¼ Uhr abends), um die Zeiteinteilung ihrer Kurse und die Nummer des Saales, in dem dieselben abgehalten werden, zu erfahren. (19054)

Das Ergebnis von San Remo.

Ämtliche Erklärung der Entente. — Konferenz mit dem deutschen Regierungschef.

Paris, 26. April. (Havab.) Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die alliierten Regierungen haben von dem Briefe des Herrn Goppert Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswehrministers enthält, ein Heer von 200 000 Mann anstatt der im Friedensvertrage vorgesehenen 100 000 Mann zu unterhalten. Die Alliierten hatten darauf sofort erklärt, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden könne, solange Deutschland nicht die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages erfüllt und zur Entwaffnung schreitet, von der der Weltfrieden abhängt. Es habe weder Genehmigung gegeben noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt an Mitglieder der alliierten Kommissionen verübt worden sind. Es habe auch noch nicht die im Protokoll des Friedensvertrages vorgesehenen Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachungen zu beginnen und um Vorschläge zu machen, damit der von Deutschland zu bezahlende Gesamtbetrag schrittweise werden könne. Deutschland schiene noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen könne, wenn sie vertieft. Die Alliierten leugnen die Schwierigkeiten nicht ab, denen die deutsche Regierung gegenübersteht. Aber sie sind einig in der Erklärung, daß sie die Fortsetzung der Übertretungen des Friedensvertrages von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag ausgeführt werden muß, daß er die Grundlage der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bildet und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, selbst wenn es notwendig sei, auch zur Befestigung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, um die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.“

Die Alliierten erklären ferner, daß sie nicht die Absicht haben, irgend einen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren. Die Alliierten glauben, daß die durch Verletzung des Friedensvertrages aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung notwendige Maßnahmen auf leichtere Art durch einen Meinungsäustausch zwischen den Regierungen sichergestellt werden können als durch Noten. Die Alliierten haben sich deshalb entschieden, die Chiefs der deutschen Regierung zu einer direkten Konferenz mit den Chiefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die vorgesehene Zusammenkunft die deutsche Regierung eine präzise Erklärung und Vorschläge über die angeführten Gegenstände unterbreite. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu besprechen, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Aber Deutschland muß bezeugen, daß die Einigkeit der Alliierten in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages ebenso innig ist, wie sie es während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der loyalen Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht.

Einladung an den deutschen Kanzler nach Spa.

Spa, 26. April. (Mittl.) Der Oberste Rat beschloß an den deutschen Kanzler eine Note zu senden, die Deutschland an der am 25. Mai in Spa stattfindenden Konferenz einläßt, damit die Alliierten genaue Auskunft über die Lage in Deutschland hinsichtlich der Auslieferung des Friedensvertrages erhalten. Der Oberste Rat sollte Johann die Antwort an Deutschland selbst betrie. Die Heberzahl der deutschen Truppen in der neutralen Zone und die künftige Verminderung nach den Klauseln des Protokolls vom 8. August 1919. Nach der Behandlung der Frage der Vernichtung des deutschen Schiffsmaterials und der Frage der deutschen Kriegsverbrechen schloß der Oberste Rat die Konferenz.

Die diesjährige Bischofskonferenz.

Die diesjährige Bischofskonferenz wird wegen der Dringlichkeit mehrerer Beratungsgegenstände wahrscheinlich schon Anfang Juli oder Ende Juni stattfinden.

Ende des Generalstreiks in Elsaß-Lothringen.

Saarbrücken, 27. April. Der „Neue Saarländer“ meldet aus Straßburg: Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen ist beendet. Die Verhandlungen im Arbeitsministerium in Paris haben zu einer Einigung geführt. Die Bundesunion der Gewerkschaften hat infolgedessen den Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit erlassen, die von der Post um 3 Uhr und von den Eisenbahnern um 6 Uhr gestern nachmittag wieder aufgenommen wurde. Man hofft, daß die Wiederaufnahme der Arbeit heute früh allgemein sein wird.

Einreihung der Lehrer in die Befoldungsreform.

Das preussische Staatsministerium beschloß, daß die Volksschullehrer unter Verlängerung des Diätariats auf sieben Jahre in die Befoldungsgruppe 7 eingereiht werden sollen. Damit ist der jahrzehntelange Streit um die Einreihung der Lehrer in einer ihren Wünschen vollumfänglich entsprechenden Weise beigelegt worden.

Deutsche Nationalversammlung.

200 Milliarden Reichsschulden. — 20 Milliarden Steuern.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung brachte eine Aussprache über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches. Das Bild, das der Reichsfinanzminister Dr. Wirth von den Reichsfinanzen entworfen hat, ist außerordentlich betrüblich. Mit Recht wies er darauf hin, daß die Krise des deutschen Volkes diesem Bilde mit völliger Veranschaulichung gegenübersteht. Und doch wäre es notwendig, daß jeder Einzelne sich täglich der Riesensumme erinnere, die wir als Steuern und als Entschädigung für unsere Gegner aufbringen müssen. Das Deutsche Reich hatte am 31. März eine Gesamtschuld von 197 Milliarden Mark. Das deutsche Volk soll eine Summe an Steuern aufbringen, die nicht viel kleiner ist als die Summe, die man früher als Gesamteinkommen des deutschen Volkes gerechnet hat, nämlich 43 Millionen Mark.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

führte u. a. aus:

Es gehört ein reiches Maß von Zuversicht dazu, an die Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens zu glauben. An dem kurz Erörterten geschaffenen Steuerneuem ist manches Änderungsbedürftig, aber diese Änderungen sollen der Zukunft überlassen werden. Ich glaube, daß der Besitz in Deutschland sehr hoch belastet wird. Aber der Krieg und seine Folgen hat die Hälfte unseres gesamten Volkseinkommens vernichtet, und dies rechtfertigt die außerordentlich hohen Steuern gerade auf den Besitz, denn Millionen unserer Volksgenossen haben. Die Verarmung Deutschlands kann durch Konsumkürzungen nicht aufgehoben werden, denn jede Konsumkürzung ruft durch Erhöhung der Nachfrage wieder eine Preissteigerung hervor. Nicht nur der neue Reichtum mußte durch die Steuer erfasst werden, auch der alte Reichtum mußte erfasst werden. Eine Durchdringung des neuen Reichtums, der mit Dismonten behängt eingereicht, muß erfolgen. Der Mittelstand wird fernerhin tatsächlich mit größter Schonung behandelt. Dafür nur ein Beispiel: Ein Kleingewerbetreibender oder Bauer, der vor dem Kriege ein reines Vermögen von 10 000 Mark hatte, und bis zum 30. Juni v. J. sein Vermögen verdoppelt hat, hat als Vermögenswachstumssteuer lediglich 500 Mark zu zahlen; er behält 95 Prozent seines Vermögenswachstums. Wenn die Steuerreform praktisch wirksam wird, dann wird der Anteil am Gesamteinkommen des deutschen Volkes für die unteren und mittleren Klassen größer sein als vor dem Krieg. Der kleine Grundbesitz wird durch die Steuerreform geschützt. Dem Proletariat wird durch die Finanzreform der Weg zu einem bescheidenen Wohl wieder eröffnet. Das direkte Steuerneuem Deutschlands ist das soziale der neuen Welt.

20 Milliarden Mark Steuern.

Durch die weitere Entwertung des Geldes sind die letzten Berechnungen für die Ausgaben des Reiches ungenau geworden. Die Ausgaben für das Wirtschaftsjahr 1920 sollten an die Türen aller Versammlungsorte angehängt werden, in denen man neue Forderungen stellen will. Der staatliche Apparat ist noch lange nicht so verkürzt worden, wie die Privatindustrie. Wenn der Staat die Preise für seine Leistungen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Eisenbahnen, in dem Tempo getriggert hätte, wie die Privatindustrie, so würde er keine Fehlbeträge aufweisen. Für Verzinsung der Reichsschulden sind jährlich über 12 Milliarden Mark aufzubringen, für Kriegsschuldzinsen und Hinterbliebenenversorgung rund 4 Milliarden, für die Befoldungsreform 3 Milliarden, für Heer und Marine rund 2 Milliarden. Für die Verbilligung von Lebensmitteln, die aus dem Ausland kommen, sind 3 Milliarden angelegt. Auf die Dauer kann dieser Aufschuß nicht geleistet werden, denn damit würde das Volkseinkommen buchstäblich aufgefressen. Vor einem Jahr hatte das Reich an steuerlichen Einnahmen

noch 4½ Milliarden Mark zu verzeichnen, heute wird mit dem Eingang von rund 20 Milliarden Mark an Steuern für das Reich gerechnet. An außerordentlichen Ausgaben verzeichnet der Wirtschaftskreisplan des Reiches u. a. 5 Milliarden für die Durchführung des Friedensvertrages, 1 Milliarde für die Heimkehr und Versorgung der Kriegsgefangenen, über 2 Milliarden für die Abwicklung des alten Heeres (Reichswehr „Hört, Hört!“), über 1 Milliarde Mark für Aufrührerschäden.

Für die Besatzungsarmee

sind 3 Milliarden Mark jährlich aufzubringen; dabei sind die zahlreichen in Deutschland weilenden Kommissionen, die wir auch bezahlen müssen, nicht eingerechnet. Ein Oberst der Besatzungsarmee erhält jetzt monatlich 10 000 Mark Gehalt, ein einfacher Soldat der Entente erhält 2000 Mark. Man kann es sich denken, welche Wirkungen das auf unser besetztes Gebiet ausübt, auf die Beamten und Angestellten jener Landesteile.

Um eine ordentliche Finanzwirtschaft zu führen, ist es notwendig, daß Deutschland weiß, mit welchen Beträgen wir als Leistungen an unsere Gegner zu rechnen haben. Die Reichseisenbahnen werden voraussichtlich einen Fehlbetrag von 20 Milliarden Mark aufweisen. Das Schrecklichste wäre der Zwang, Eisenbahnen und Post an ausländisches Kapital verpfänden zu müssen. Die Eisenbahnen dürfen nicht vergessen, daß unser Volk viel ärmer geworden ist. Die Erhöhung der Tarife kann nicht ins Ungeheure fortgesetzt werden, die Einnahmen nehmen von einer gewissen Grenze an ab. Der Deutsche wird in Zukunft

ein Viertel, wenn nicht ein Drittel seines Einkommens in Steuern

abliefern müssen. Als Ziel schwebt mir vor, eine möglichst große Aufhebung im Land aufzubringen. Wir müssen ferner eine gewisse Monopolbildung anstreben. Wir müssen ferner darnach streben, so viele Lebensmittel einzuführen, daß das Nationierungssystem möglichst bald verschwinden kann. Die letzte große Kraftquelle aller nationalen Politik ist die Arbeit, die allein die Schäden des Krieges überwinden kann.

Die Aussprache.

Zu den Ausführungen des Reichsfinanzministers nahmen die Redner der einzelnen Parteien Stellung.

Der Abg. Keil (Soz.) billigte das Programm des neuen Reichsfinanzministers. Er meint, von einer Sozialisierung seien vorläufig noch keine großen Überblicke zu erwarten.

Abg. Dernburg (Dem.) behauptet die Tatsache, daß man im Volk den Ernst unserer Finanzlage nicht erkennt, Beweis dafür seien die neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter. In allen Schichten des Volkes setze sich ein Mangel an Verantwortung ein. Man begreife vielfach noch nicht, daß Steigerung der Löhne und Gehälter zu nichts weiter führen kann, als zu einer Vergrößerung des Übels. Ueber die Erträge der Besteuerungen gebe sich Dr. Wirth einer Täuschung hin. Dringend sei davor zu warnen, den Besitz wegzukauern. Die wirkliche Abhilfe für unsere Not liege nur in der Steigerung der Produktion.

Der Redner des Zentrums, Abg. Racke, nimmt den Ausführungen des Reichsfinanzministers zu, betont jedoch seinen Wunsch nach einer schnellen Beilegung der Kriegsschulden und der Abwicklungssachen.

Der Redner der Deutschen Nationalen, Abg. Graf Posadowsky, weist das ganze neu geschaffene Steuerneuem scharf an. Mit Nachdruck weist er dann auf das Wachsen der Bürokratie hin. In der Eisenbahn seien 50 000 neue Beamte eingestellt worden, trotzdem 100 000 Beamte zu einer gewissen Zeit überflüssig waren.

Der Reichsfinanzminister widerspricht den Ausführungen des deutschen Nationalen Redners mit dem Hinweis auf einen Antrag der Deutschen Nationalen Partei, die diätarischen Dienstzeiten in einer Weise herabzusetzen, daß für den neuen Haushaltsetat 70 000 neue etatsmäßige Stellen notwendig würden. Auf der einen Seite finde sich diese Partei durch solche Anträge bei den Beamten populär zu machen, auf der anderen Seite wolle sie sich durch Kritik an der Bürokratie in der Öffentlichkeit beliebt machen.

Reichsverkehrsminister Reil erklärt, es sei maßlos übertrieben zu behaupten, daß bei der Eisenbahn 50 000 neue Beamten eingestellt worden seien. Auszuheben sei allerdings, daß die Länder die Vorkriegszeit der Beamten an das Reich dann benutzt haben. Aber den Bedarf hinaus noch neues Personal einzustellen. Mit diesem System werde er aber aufhören.

Abg. Graf Posadowsky fragt an, was wahres an der Behauptung sei, daß in Mitteldeutschland ein neuer Kommunismus in Vorbereitung sei.

Der Reichsminister des Innern Koss erwidert, daß derartige Nachrichten immer sehr aufzuschaueln würden. Die Nachricht, die von der „Deutschen Zeitung“ verbreitet wurde, beruhe auf einem Geheimbericht des ausländischen Regierungskommissars. Die Regierung wisse sehr wohl, daß in Deutschland nicht alles ruhig ist.

Die Beratungen werden um 1/8 Uhr abends abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

—, — | —, — | Türkische 100 Frs. 1580. — 1585. —